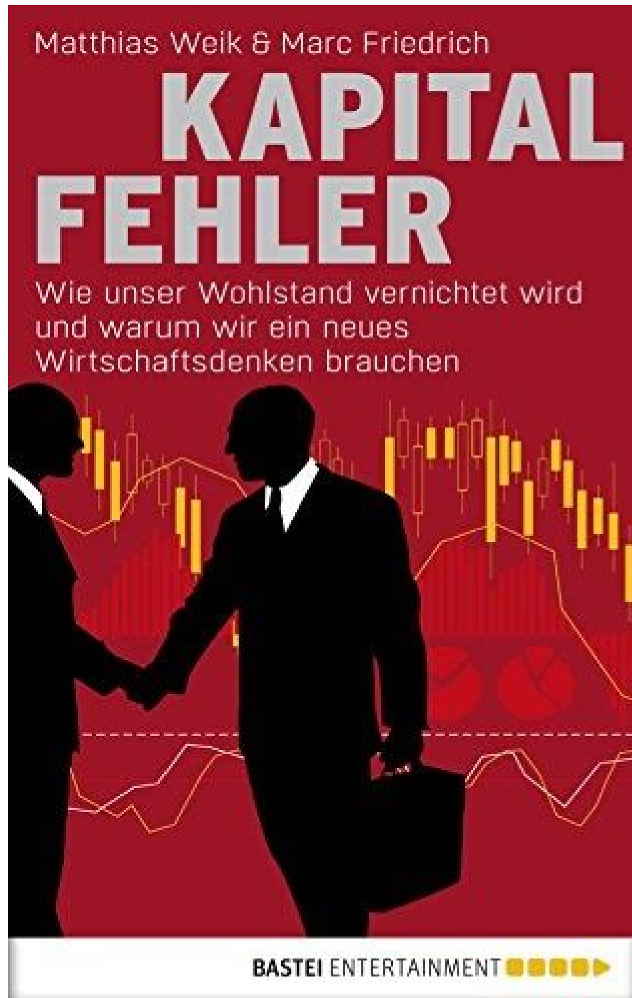
BlinkistDE

Kapitalfehler

Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen

von Matthias Weik & Marc Friedrich



Buch (Komplettfassung)

Worum geht's?

Warum wird unser derzeitiges Wirtschaftssystem als alternativlos dargestellt, obwohl wir gefühlt schon jetzt auf die nächste katastrophale Krise zuschlittern? Diese Blinks zerren unsere Marktwirtschaft unter das Röntgengerät, um ihre Krankheiten und Schwachstellen gnadenlos auszuleuchten. Die ernüchternde Diagnose lautet: Im modernen Kapitalismus werden rücksichtslose Partikularinteressen bedient, der Wohlstand ungerecht verteilt und kriminellen Machenschaften und Finanzblasen Vorschub geleistet. Das einzige Gegenmittel sind grundlegende Reformen und strengere Kontrollen.

VISIT…

LANZAROTE Caliente.com

Wer diesen Titel lesen sollte

Alle, die den Versprechen von Politik und Wirtschaft nicht mehr glauben

Alle, die wissen oder spüren, dass es Alternativen zu unserem Wirtschaftssystem gibt

Wirtschafts- und Politikstudenten

Wer das Buch geschrieben hat

Die Journalisten Matthias Weik und Marc Friedrich sind bereits seit dem Kindergarten befreundet und haben sich später beide mit internationaler Betriebswirtschaft auseinandergesetzt. Sie machen auch heute noch gerne gemeinsame Sache und haben mehrere Bestseller zu wirtschaftlichen Themen verfasst, darunter Der Crash ist die Lösung und Der größte Raubzug der Geschichte.

Was drin ist für dich: Wirklich wissen, woran unser Wirtschaftssystem krankt.

Konjunkturdellen, Deregulierung, Investmentbanking und Euro-Wechselkurs: Die Nachrichten und Büro-Fachsimpeleien verkomplizieren die Sicht auf den Zustand unseres Wirtschaftssystems gerne mit kryptischen Fachbegriffen. Wenn dir fürs Mitreden manchmal das Hintergrundwissen fehlt, liefern dir diese Blinks die nötigen Basics.

Sie erklären, warum bestimmte kapitalistische Fehltritte wie die Privatisierung von Allgemeingütern nur durch staatliche Eingriffe korrigiert werden können. Sie zeigen auch, dass Probleme wie Korruption und Spekulation nach einer internationalen Regulierung verlangen – und dennoch jedem von uns eine gewisse Verantwortung zukommt.

In diesen Blinks erfährst du außerdem,

wie es um die Steuermoral des weltweit beliebtesten Möbelherstellers bestellt ist,
was Gartenzwerge mit Wirtschaftszyklen am Hut haben, und
wie realitätsfern die globale Elite wirklich ist.

Unser Wirtschaftssystem wird seit jeher durch zyklische Krisen geprägt.

Wirtschaftskrisen sind heutzutage aus nachvollziehbaren Gründen ein allgegenwärtiges Thema. Um die Ursachen wirklich zu verstehen, müssen wir vorher einen Blick darauf werfen, wie und warum unser Wirtschaftssystem grundlegend funktioniert.

Statistiken zeigen, dass kurzfristige Schieflagen zwischen Angebot und Nachfrage durchschnittlich alle sechs bis zehn Jahre zu kleinen Einbrüchen der wirtschaftlichen Entwicklung führen. Konjunkturdellen sind also ganz normal und sozusagen der Schnupfen des Kapitalismus. Beispiel Gartenzwerg: Nehmen wir an, der Absatz steigt, bis in jedem zweiten Vorgarten ein knatschbunter Keramikwicht steht und die Nachfrage jäh gesättigt ist.

Diese Nachricht kommt zwangsweise zeitversetzt bei den Produzenten in Asien, den Maschinenherstellern und Investoren an. Die vorübergehende Überproduktion führt entlang der Wertschöpfungskette branchenübergreifend zur Konjunkturdelle.

Besagte Dellen werden gewissermaßen von längeren Wellen überschattet: Das sind die zyklischen Krisen, quasi die ernsthaften Lungenentzündungen des Kapitalismus. Ökonomen haben sich historische Daten zur Entwicklung von Löhnen, Preisen, Exporten und Aktienkursen angesehen und festgestellt, dass es alle 40 bis 60 Jahre zur Krise kam, also zum Ende eines Zyklus und dem Beginn eines neuen. Anfangs fortschrittliche Güter wurden irgendwann zu Massenprodukten, warfen immer weniger Gewinn ab und führten zur Rezession. Erst die Erfindung einer neuen, innovativen Basistechnologie leitete den Boom eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs ein.

Seit der industriellen Revolution haben wir fünf solcher langfristigen Zyklen durchlaufen. Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass die Entwicklung der jeweils neuen Technologie immer dann erfolgte, wenn zuvor ein entscheidender Produktionsfaktor knapp geworden war. Die Dampfmaschine leitete die maschinelle Produktion ein und löste die Probleme der begrenzt vorhandenen Manpower. Eisenbahnnetz und Stahl waren die Reaktion auf die Engpässe des Warentransports, Elektrizität und chemische Plastikherstellung überwanden die Materialknappheit und die Digitalisierung machte kurzen Prozess mit der Informationsknappheit.

Es gibt also Krisen, die in ganz „natürlichen“ Zyklen wiederkehren. Dieses Wissen gibt uns theoretisch die Macht, sie z.B. durch staatliche Regulierung zu beeinflussen. Diese Macht wird nur leider nicht immer im richtigen Maße genutzt.

Die Wirtschaft braucht ein gesundes Mittelmaß an staatlicher Intervention.

Wie sehr soll der Staat also eingreifen, um z.B. Krisen zu verhindern? Die Antwort lautet wie bei so vielen Dingen im Leben: irgendwo zwischen zu wenig und zu viel.

Halten wir zunächst fest, dass es keine freien Märkte ohne Regeln gibt. Tatsächlich werden sowohl die Preise als auch die günstigste Produktionsverteilung in keinem Modell so effizient reguliert wie in der freien Marktwirtschaft. Niemand kann bestreiten, dass sie im letzten Jahrhundert enormes Wirtschaftswachstum und Wohlstand für viele Millionen Menschen möglich gemacht hat.

Der Wohlstand könnte allerdings deutlich gerechter verteilt sein und die Märkte sind längst nicht so perfekt wie in den geschniegelten Grafiken aus der VWL-Vorlesung. Dort wird nämlich die Variable Mensch außen vor gelassen und mit ihr unsere Irrationalität und Habgier. Der Staat muss nämlich kriminelle Machenschaften durch klare Regeln unterbinden, um z.B. die Bildung von Monopolen und Kartellen zu vermeiden.

Außerdem sollten alle Gemeinschaftsgüter in staatlicher Hand sein. Öffentliche Güter wie Wasser, Luft und Rohstoffe haben im Grunde keinen genau bestimmbaren Eigentümer. Ihr Preis dürfte daher nicht durch das kompetitive Spiel aus Nachfrage und Angebot bestimmt werden. Häufig geschieht das jedoch, etwa durch die Privatisierung der Wasservorkommen

vieler Länder. Der Lebensmittelgigant Nestlé kauft z.B. in Kanada eine Million Liter Wasser zum Spottpreis von 2,25 kanadischen Dollar, um dann im Supermarkt denselben Preis pro abgefülltem Liter zu verlangen.

Dasselbe gilt für Infrastrukturprojekte wie Straßen und Brücken und besonders für Bildung und Gesundheit. Solche Gemeingüter sind zu wichtig für die Gesellschaft, als dass einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen der Zugang verwehrt werden darf. Im Infrastruktursektor gibt es oft Monopolnetze, die so weit ausgebreitet sind, dass es sich für Wettbewerber nicht lohnt, parallel ein zweites Netz aufzubauen. Einmal in privater Hand kann der Preis für solche Güter im Monopol beliebig hoch angesetzt werden.

Da die effizienteste Regulierung am freien Markt also nicht automatisch die gerechteste ist, muss der Staat bei bestimmten Gütern und Leistungen gezielt eingreifen. Das gilt auch besonders für den Finanzmarkt.

Die Finanzmärkte müssen viel strenger kontrolliert werden.

Ursprünglich ging es in der Finanzwirtschaft um eine effiziente Zusammenführung von Kreditnehmern und Geldgebern sowie um die Finanzierung von Unternehmen durch den Verkauf von Anteilen. Doch im Vergleich zu anderen Märkten hat zu viel Freiheit hier verheerende Konsequenzen.

Am Finanzmarkt begünstigt wenig Regulierung Spekulationen, die den Markt künstlich und unkontrollierbar aufblasen. Seit den 1970er-Jahren wurde die Rolle des Staates an den weltweiten Finanzplätzen ganz im Sinne des neoliberalen Mantras immer weiter reduziert. Die Realität zeigt jedoch, dass zu viel Freiheit in der Finanzbranche zu unberechenbarer Profitgier und Risikobereitschaft führt. Durch den renditehungrigen Weiterverkauf von Wertpapieren hat sich das Volumen der weltweiten Finanztransaktionen in den letzten zwei Jahrzehnten vom 16-Fachen auf das 67-Fache der globalen Wirtschaftsleistung aufgeblasen. Die Geschäfte haben also nur noch sehr wenig mit einem realwirtschaftlichen Gegenwert zu tun.

Auch Risiko und Haftung für Investmentbanker haben völlig den Zusammenhang verloren. Wer hoch pokert, muss selbst für die Verluste geradestehen, sollte man meinen. Nicht in der Finanzwelt: Hier werden Individuen nur selten angemessen bestraft und Banker zu hochriskanten Geschäften mit hohen Renditen verführt. Wo das Risiko keine Konsequenzen mehr hat, stehen krimineller Energie Tür und Tor offen. Am Ende gingen ganze Banken mit dem Geld ihrer Kunden extrem risikoreiche Geschäfte ein, weil sie wussten, dass der Staat im Notfall durch Rettungspakete eingreifen würde.

Darum sind drastische Reformen der Finanzbranche dringend notwendig. Erst, wenn unangemessen riskante Spekulation und Veruntreuung strafrechtlich verfolgt werden, können Banker und Investoren zur Verantwortlichkeit gezwungen werden. Das bedeutet auch, dass Banken pleitegehen können müssen. Wenn sich Kreditinstitute weiter unbeaufsichtigt und durch Steuergelder abgesichert fühlen, gehen sie weiter risikoreiche Geschäfte ein, die zu Krisen führen können. Stattdessen braucht es eine antizyklische, demokratische und knallharte Kapitalmarktkontrolle.

Die Finanzbranche verdient also an der Krankheit unseres Wirtschaftssystems.

Der Einfluss großer Unternehmen und reicher Einzelpersonen auf die Politik muss eingeschränkt werden.

Eines der wichtigsten staatlichen Instrumente zur gerechten Umverteilung des Wohlstands sind die Steuern. Das Problem ist nur, dass die Reichen und Mächtigen die unterschiedliche Besteuerung in den EU-Staaten als Schlupfloch nutzen. Und damit nicht genug.

Die Regeln unseres Wirtschaftssystems werden von einer kleinen Elite zu ihren Gunsten verbogen. Das führt zu extremer Ungerechtigkeit.

Seit der letzten Finanzkrise hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Inzwischen besitzen 62 Menschen genauso viel Geld wie die ärmsten 3,5 Milliarden Menschen der Welt. Die unfassbare Tatsache, dass eine gerade mal reisegruppengroße Menge von Menschen Investitionsentscheidungen von globaler Reichweite trifft, macht das gesamte System anfällig für Fehler.

Eine Studie der Hochschule Zürich zeigte außerdem, dass das enge Netzwerk der Global Player über Anteile an anderen Firmen etwa 80% der Weltwirtschaft dominiert. Da die Umsätze dieser international agierenden Unternehmen oft ein Vielfaches der BIPs einzelner Staaten ausmachen, würde der Rückzug einer dieser Konzerne aus einem Land unzählige Arbeitsplätze gefährden und die Wirtschaft erheblich beeinflussen. Das gibt Spielraum für Drohungen, mit denen bestimmte Entscheidungen ganzer Staaten manipuliert werden können.

Hinzu kommt, dass die größten Verdiener oft die niedrigsten Steuern zahlen und sich so ihrer Verantwortung zur Finanzierung der Gemeinschaft entziehen. IKEA z.B. musste in Luxemburg für einen Gewinn von 2,5 Milliarden Euro läppische 48.000 Euro Steuern zahlen, also einen Steuersatz von 0,002%. Kleinere Unternehmen hätten Steuern in Höhe von etwa 500 Millionen Euro berappen müssen. Solche Steueroasen sind unter anderem deshalb möglich, weil es keinen internationalen Austausch von Bankdaten gibt.

Auch andere Großkonzerne nutzen ihre Marktmacht gezielt aus, um Steuern zu umgehen. Entweder sie beeinflussen durch Heerscharen von Lobbyisten den Gesetzgebungsprozess oder sie verlagern ihren Hauptsitz gleich in Länder, die ihnen attraktive Steuernachlässe gewähren.

Statt Regeln zur gerechten Verteilung des Wohlstands durchzusetzen, wird unser politisches System also von den Interessen einer Handvoll Vermögender gelenkt. Und um unsere viel beschworene Währungsunion ist es auch nicht besser bestellt.

Mit der jetzigen Geldpolitik kommt es bald zu einem neuen katastrophalen Crash.

Zentralbanken haben große Macht. Die Europäische Zentralbank (EZB) steuert mit der verfügbaren Geldmenge und den Zinssätzen zwei mächtige Hebel. Doch viele ihrer

Instrumente schaden Kleinstanlegern und verhelfen auch den „Krisenländern“ nicht zur gewünschten Stabilität.

Tatsächlich werden sich die südeuropäischen Krisenländer nie erholen, solange es den Euro gibt. Griechenland z.B. hat trotz Milliardenhilfen aus Brüssel hohe Arbeitslosenzahlen, hohe Staatsschulden, eine schwache Industrieproduktion und eine verarmte Bevölkerung. Für die Rückzahlung der Schulden erlegt die EU den geschwächten Ländern extreme Sparmaßnahmen auf, ohne gleichzeitig ihre Produktion zu stärken, und macht sie dadurch abhängig von EU- und Weltbankkrediten. Der Teufelskreis wird dadurch komplettiert, dass sie unter dem Euro nicht einmal ihre eigene Währung abwerten können, um sich durch höhere Exporte wettbewerbsfähiger zu machen.

Das Beispiel Island zeigt, dass es auch anders geht. Der kleine Inselstaat war nach der Bankenkrise 2008 komplett am Boden, brauchte aber nach radikalen Reformen bereits 2011 keine weiteren Hilfspakete. Im Gegensatz zu den Griechen konnten die Isländer selbst über ihr Schicksal entscheiden und ließen auch große Banken pleitegehen, anstatt sie mit Steuergeldern zu sanieren. Verantwortliche für die Krise wurden strafrechtlich verfolgt und Sozialhilfen und Staatsleistungen nicht wie in Südeuropa herunter-, sondern hochgefahren, um die Ärmsten vor dem Abstieg zu bewahren.

Die EZB will mit ihrer aktuellen Nullzinspolitik billiges Geld in Umlauf bringen, aber das ist nicht nur relativ wirkungslos, sondern durchaus gefährlich. Ein Zinssatz von 0% macht Kredite extrem preiswert, was gut für Schuldner, aber schlecht für Sparer ist: Denn bei einem Zinssatz unterhalb der Inflationsrate verliert das Geld mittelfristig still und leise an Wert. Das Geld aus diesen billigen Krediten fließt außerdem vor allem in Aktien und Immobilien, was erneut Spekulation und Preisblasen begünstigt. Auch die gigantische Blase der letzten Finanzkrise ist letztlich durch billige Kredite entstanden – die EZB spielt ein gefährliches Spiel.

Die aktuelle Wirtschaftspolitik scheint also schnurstracks auf eine weitere Krise zuzusteuern. Darum müssen wir jetzt aufwachen.

Nur strukturelle Veränderungen werden wirklich etwas bewirken. Dafür braucht es grundlegende Reformen.

Was können wir also konkret tun, um die aktuelle wirtschaftliche Irrfahrt in Deutschland und Europa aufzuhalten?

Neben der erwähnten Kapitalmarktkontrolle bedarf es vor allem einer Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken auf mindestens 20%. Denn wenn Banken wieder weniger risikoreiche Geschäfte machen sollen, müssen sie auch wieder stärker mit ihrem eigenen Kapital haften und entsprechende Rücklagen bilden. Eine Bank verlangt schließlich von privaten Kreditnehmern Sicherheiten, warum wird das nicht auch von ihr selbst verlangt? Finanzprodukte sollten außerdem wie Medikamente vor der Zulassung von unabhängigen Stellen geprüft werden.

Die EU muss sich grundlegend reformieren und unter anderem den Euro geordnet auflösen. Es ist Zeit für ein friedliches Ende des Währungsexperiments, denn der Mehrheit der Menschen in südeuropäischen Ländern wie Frankreich, Spanien und Italien geht es seit der Euro-Einführung deutlich schlechter als vorher. Die Staaten stecken trotz der unter anderem von deutschen Steuerzahlern finanzierten Rettungspakete in der Dauerkrise.

Wichtig ist dabei, dass lediglich die gemeinsame Währung gescheitert ist, nicht aber die EU an sich mit ihren essentiellen demokratischen Grundwerten wie Freiheit und Gerechtigkeit. Wir brauchen durchaus eine Wirtschaftsunion mit binnenmarktähnlichen Geschäftsbeziehungen, nur eben keinen gemeinsamen Staat Europa mit einer Währung und einheitlichen politischen Regeln. Einzige Ausnahme: Nur mit einer europaweit einheitlichen Steuerpolitik kann den massiven Steuerhinterziehungen der Riegel vorgeschoben werden.

Alle angestrebten Veränderungen müssen außerdem basisdemokratisch von unten kommen. Die Finanzbranche ist mächtiger als jede Regierung. Wirtschaft und Politik sind so eng miteinander verflochten, dass die Eliten niemals an den Grundfesten dieses ungerechten Systems rütteln würden. Dieser beispiellosen Bedrohung unserer Demokratie müssen wir Wähler uns daher entschieden und lautstark entgegenstellen, um unsere gewählten Vertreter an ihre Verantwortung zu erinnern.

Zusammenfassung

Die Kernaussage dieses Buches ist:

Unser Wirtschaftssystem ist krank: Eine kleine korrupte Elite verbiegt die Regeln der freien Marktwirtschaft zum eigenen Vorteil und führt den Großteil der Bevölkerung an der Nase herum. Der Einfluss der Finanzwelt auf die Politik ist so groß, dass unsere Demokratie in Gefahr ist und nur entschlossener politischer Druck von unten helfen kann, überfällige Reformen zu erzwingen und eine weitere katastrophale Blase zu verhindern.

Was du konkret umsetzen kannst:

Mach dich schlau.

Basisdemokratische Veränderungen brauchen eine mündige Wählerschaft, die sich ihre eigene Meinung bildet. Informiere dich mithilfe unabhängiger Quellen über aktuelle Geschehnisse, Gesetzesänderungen und Regulierungen.

Mach Druck.

Bis heute hat sich noch kein Politiker getraut, Verantwortliche aus der Wirtschaft für ihre schweren Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Der nötige Druck auf die Lokalpolitik muss von uns kommen.

Buch bei Amazon